

Ganz offen berichtet die New York Times, wie die USA lateinamerikanische Staaten unter Druck setzen, damit sie ihre Asyl-Angebote an Snowden zurückziehen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 092/13 – 13.07.13

Die USA setzen lateinamerikanische Staaten unter Druck, damit sie Snowden kein Asyl gewähren

Von William Neuman und Randal C. Archibold
The New York Times, 11.07.13

(<http://www.nytimes.com/2013/07/12/world/americas/us-is-pressing-latin-americans-to-reject-snowden.html?pagewanted=all>)

CARACAS, Venezuela – Die USA üben auf diplomatischem Weg größtmöglichen Druck aus, um zu verhindern, dass Edward J. Snowden, der flüchtige NSA-Auftragnehmer, Unterschlupf in Lateinamerika findet; die linkslastigen Regierungen dreier lateinamerikanischer Staaten, die sich durch ihre ablehnende Haltung gegenüber Washington profilieren wollen, haben öffentlich verkündet, dass sie Snowden aufnehmen würden.

US-Vizepräsident Joseph R. Biden Jr. wählte einen eher ungewöhnlichen Weg: Er rief Rafael Correa, den Präsidenten Ecuadors, an und drängte ihn, Snowden kein Asyl zu gewähren. Höhere Repräsentanten des US-Außenministeriums haben auch in Venezuela interveniert, weil sich dieser Staat ebenfalls bereit erklärt hat, Snowden aufzunehmen; nach Jahren voller Spannungen lockten sie mit besseren Beziehungen und dem Austausch von Botschaftern.

Über die US-Botschaften in ganz Lateinamerika ließ Washington die Drohung verbreiten, die Aufnahme Snowdens hätte langanhaltende (negative) Folgen – auch dann, wenn er unerwartet irgendwo auftauche.



Wandbild in Venezuela

"Es gibt kein einziges Land in dieser Hemisphäre, dessen Regierung unsere Position in dieser Angelegenheit nicht kennt," äußerte ein führender Vertreter des Außenministeriums der USA und fügte hinzu, "wer Snowden hilft, muss sich langfristig auf eine Verschlechterung der Beziehungen zu den USA einstellen."

"Wer denkt, alles liefe danach bald wieder normal, irrt sich gewaltig," ergänzte er.

Washington muss allerdings zur Kenntnis nehmen, dass seine Einwirkungsmöglichkeiten auf Lateinamerika, gerade jetzt, wo sie besonders wichtig wären, stark geschrumpft sind; es sollte unbedingt herausfinden, warum eine Region, die früher zum Machtbereich der USA gehörte, zunehmend selbstbewusster und unabhängiger wird.

"Unser Einfluss in dieser Hemisphäre wird immer geringer," erklärte Bill Richardson, der früher US-Botschafter bei der Vereinten Nationen war und Venezuela vor kurzem als Vertreter der Organisation Amerikanischer Staaten (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Organi->

[sation Amerikanischer Staaten](#)) besucht hat. "Es ist wichtig, dass die Obama-Regierung und besonders Außenminister Kerry dieser Region mehr Zeit widmen und unsere Beziehungen zu einigen der gemäßigten Staaten – zu Mexiko, Kolumbien, Brasilien und Peru – verbessern, um den wachsenden Ressentiments gegen die USA entgegenzutreten.

Richardson empfahl der US-Regierung auch, neue Brücken zu den Staaten zu bauen, die ihr misstrauen.

Venezuela, Nicaragua und Bolivien, die Snowden Asyl gewähren wollen, gehören zu einem Block von Staaten, deren Regierungen einen ständigen Krieg der Worte gegen die USA führen. Venezuela und Bolivien haben die US-Botschafter und andere Offizielle ausgewiesen, und der Außenminister Venezuelas hat den von den USA ausgeübten Druck öffentlich zurückgewiesen.

"Das Außenministerium und die Regierung der USA sollten wissen, dass sich Venezuela schon seit langem von niemandem mehr unter Druck setzen lässt," betonte Minister Elías Jaua.

Trotzdem versuchen die USA, weiterhin auf Venezuela einzuwirken. Roberta S. Jacobson, die stellvertretende Außenministerin für Angelegenheiten auf der westlichen Halbkugel, wiederholte in dieser Woche in einem Telefongespräch mit dem Geschäftsträger in der Botschaft Venezuelas in Washington die Position der US-Regierung im Fall Snowden.

In einigen Fällen scheinen sich die diplomatischen Bemühungen ausgezahlt zu haben. Ecuador, das vorher erklärt hatte, Snowden Asyl gewähren zu wollen, stellte seine Zusage wieder in Frage und will einen Asylantrag Snowdens erst prüfen, wenn er sich in Ecuador oder in einer seiner Botschaften befindet.

Auf Bidens Anruf hat (der ecuadorianische Präsident) Correa, der sonst immer gegen die seiner Meinung nach zu große Einflussnahme der USA auf Lateinamerika wettet, erstaunlich entgegenkommend reagiert. In einem Interview lobte er Bidens freundlichen Ton. Der US-Vizepräsident habe ihn gebeten, Snowden kein Asyl zu gewähren, weil "das die Beziehungen außerordentlich verschlechtern könnte"; er habe aber nicht gedroht, sondern nur betont, wie wichtig Snowden für die USA sei.

Andererseits regte sich Correa aber über Äußerungen von US-Senatoren auf, die er als Drohung betrachtet; sie hatten angekündigt, wenn Ecuador Snowden aufnehme, werde der Handel mit den USA darunter leiden. Einige Handelsverträge mit Ecuador laufen am Monatsende aus, wenn der Kongress sie nicht erneuert. Zusätzlich hatte Ecuador das Weiße Haus gebeten, auf Rosen, Brokkoli und Artischocken aus Ecuador keine Einfuhrzölle zu erheben. Das Weiße Haus hat letzte Woche mitgeteilt, dass die Entscheidung über dieses Anliegen vertagt wurde.

Snowdens Enthüllungen scheinen zeitlich darauf abgestimmt zu sein, wo er sich gerade befindet oder wo er gern hin möchte. Als er sich in Hongkong aufhielt, ließ er Dokumente über die US-Spionage in China durchsickern.

Jetzt kommt Lateinamerika an die Reihe. In dieser Woche hat die brasilianische Zeitung *O Globo* einen Artikel über die US-Überwachung des Telefon- und E-Mail-Verkehrs in Brasilien und in anderen lateinamerikanischen Ländern veröffentlicht; danach haben sogar langjährige Verbündete der USA in Washington protestiert.

Die Verärgerung in der Region wurde auch durch die unfreiwillige Landung des bolivianischen Präsidenten Evo Morales in der letzten Woche geschürt. Weil ihn Frank-

reich nicht durch seinen Luftraum fliegen ließ, musste Morales bei seinem Rückflug von Moskau – auf dessen Flughafen sich auch Snowden aufhielt – in Wien notlanden.

Die bolivianische Behörden nannten diese Episode eine Zwangslandung, die von den USA veranlasst worden sei, weil sie Snowden in der Maschine vermuteten. Bolivien beschuldigte auch Spanien, Portugal und Italien, Morales die Durchquerung ihres Luftraums oder eine Zwischenlandung versagt zu haben. Führende Politiker anderer lateinamerikanischer Staaten stellten sich an Morales Seite und verurteilten seine Behandlung als Beleidigung für ganz Lateinamerika.

Trotz des ganzen Getöses würde vermutlich keine Regierung in der gesamten Region Herrn Snowden begeistert in ihrem Land aufnehmen. Keiner der Staaten, die ihm Asyl angeboten haben, hat sich auch bereit erklärt, ihn abzuholen – was nach den Erfahrungen, die Morales bei seinem Flug machen musste, auch ein schwieriges Unterfangen sein dürfte.

(Der frühere US-Botschafter) Richardson sagte, er habe sich über Äußerungen des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro gewundert. Als er Maduro im April – kurz vor dessen Wahl – traf, habe dieser erklärt, er wolle die seit Jahren verhärteten Beziehungen Venezuelas zu den USA verbessern.

Maduro habe dann seinem Außenminister Jaua zum Händeschütteln zu US-Außenminister John Kerry geschickt, und beide seien zu Gesprächen bereit gewesen, die zu einen neuen Botschafter-Austausch führen könnten. Es müsse aber klar sein, dass alle Hoffnungen auf bessere Beziehungen begraben werden müssten, wenn Snowden Asyl erhalte.

"Ich denke, dass zwischen Bolivien, Venezuela, Nicaragua und möglicherweise unter Beteiligung weiterer lateinamerikanischen Staaten geklärt werden muss, wer Chávez als Hauptgegner der USA ersetzen kann," fügte Richardson hinzu und meinte damit Hugo Chávez, den vorherigen Präsidenten Venezuelas, der im März verstorben ist. "Damit setzen sie sich aber der Gefahr gestörter Beziehungen zu den USA aus und müssen eventuell sogar mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen. Die Schlagzeilen, die sie zu Hause für antiamerikanische Parolen bekommen, könnten ihnen aber wichtiger sein."

Auch Nicaragua dürfte eigentlich kein Interesse daran haben, seinen wichtigsten Handelspartner USA zu verärgern, besonders weil seine jährliche Bewertung durch das US-Außenministerium ansteht, die ihm hilft, internationale Darlehen zu bekommen und das Volumen seiner zollfreien Einfuhren in die USA zu vergrößern. Diese Meinung vertritt Carlos F. Chamorro, ein regierungskritischer Analyst aus Nicaragua. Wie er sagte, gilt das "großzügige" Asyl-Angebot, das Daniel Ortega, der Präsident Nicaraguas, Snowden gemacht hat, nur, "wenn die Verhältnisse es erlauben".

"Ortegas Politik ist dadurch gekennzeichnet, dass er die US-Regierung immer nur bis zu einem gewissen Punkt provoziert, gleichzeitig aber alles tut, um die Beziehungen zu ihr zu verbessern," erläuterte Chamorro.

Die von Washington geforderte Auslieferung Snowdens hat mehrere Staaten, die selbst schon (erfolgreiche) Auslieferungsanträge (an die USA) gestellt haben, an einem wunden Punkt getroffen.

Präsident Correa hat auf den Fall der beiden Brüder William und Roberto Isaias hingewie-

sen, die in den 1990er Jahren auf dem Höhepunkt eines riesigen Finanzskandals in Ecuador eine Bank geleitet haben. Sie wurden von einem ecuadorianischen Gericht in Abwesenheit wegen Finanzbetrugs verurteilt: Sie leben jetzt in den USA und werden trotz mehrerer Anträge nicht an Ecuador ausgeliefert.

Venezuela hat die Auslieferung des Luis Posada Carriles, eines ehemaliger CIA-Agenten, gefordert, den es beschuldigt, in den 1970er Jahren einen Bombenanschlag auf ein kubanisches Verkehrsflugzeug geplant zu haben, der 73 Menschen das Leben kostete. Er entfloh in den 1980er Jahren aus einem venezolanischen Gefängnis und lebt jetzt auch in den USA.

"Bevor die USA auf ihr moralisches Recht pochen und die Auslieferung des noch so jungen Herrn Snowden fordern, der nur von den USA begangene Verbrechen enthüllt hat, sollten sie (den Massenmörder) Luis Posada Carriles ausliefern, den Sie beschützen," forderte Maduro erst vor Kurzem.

William Neuman berichtete aus Caracas und Randal C. Archibold aus Mexiko City. Larry Rohter trug aus Rio de Janeiro zu diesem Bericht bei.

(Wir haben den Artikel, der belegt, wie rabiatt die ertappten US-Überwacher mit allen umspringen, die ihnen nicht bedingungslos gehorchen, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und einem Link in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

U.S. Is Pressing Latin Americans to Reject Snowden

By WILLIAM NEUMAN and RANDAL C. ARCHIBOLD

July 11, 2013

CARACAS, Venezuela — The United States is conducting a diplomatic full-court press to try to block Edward J. Snowden, the fugitive American intelligence contractor, from finding refuge in Latin America, where three left-leaning governments that make defying Washington a hallmark of their foreign policies have publicly vowed to take him in.

Vice President Joseph R. Biden Jr. took the unusual step of telephoning President Rafael Correa of Ecuador to urge him not to give asylum to Mr. Snowden. Senior State Department officials have also pushed Venezuela, one of the three countries offering to shelter him, with both sides keenly aware that hopes for better ties and an exchange of ambassadors after years of tension could be on the line.

And all across the region, American embassies have communicated Washington's message that letting Mr. Snowden into Latin America, even if he shows up unexpectedly, would have lasting consequences.

"There is not a country in the hemisphere whose government does not understand our position at this point," a senior State Department official focusing on the matter said recently, adding that helping Mr. Snowden "would put relations in a very bad place for a long time to come."

"If someone thinks things would go away, it won't be the case," the official said.

But Washington is finding that its leverage in Latin America is limited just when it needs it most, a reflection of how a region that was once a broad zone of American power has become increasingly confident in its ability to act independently.

“Our influence in the hemisphere is diminishing,” said Bill Richardson, a former American ambassador to the United Nations who visited Venezuela this year as a representative of the Organization of American States. “It’s important that the Obama administration and Secretary of State Kerry devote more time to the region and buttress our relationship with some of the moderate countries, like Mexico and Colombia and Brazil and Peru, to resist that anti-U.S. movement.”

At the same time, Mr. Richardson said, there should be efforts to build bridges to countries antagonistic to the United States.

The countries offering to take in Mr. Snowden — Venezuela, Nicaragua and Bolivia — belong to a bloc of governments engaged in a constant war of words with the United States. Venezuela and Bolivia have expelled American ambassadors and other officials, and in a television interview this week Venezuela’s foreign minister openly shrugged off the American pressure campaign.

“The State Department and the government of the United States should know that Venezuela learned a long time ago and defeated pressures from any part of the world,” the minister, Elías Jaua, said.

The United States has continued to reach out to Venezuela. Roberta S. Jacobson, assistant secretary of state for Western Hemisphere affairs, repeated the Obama administration’s position on Mr. Snowden this week in a phone call with the chargé d’affaires of the Venezuelan Embassy in Washington, a government official said.

In some cases, the diplomatic effort seems to have paid off. Ecuador at one point appeared eager to grant Mr. Snowden refuge, but it gradually seemed to back off, saying that it could not even consider his request for asylum unless he was in the country or in one of its embassies abroad.

The call from Mr. Biden brought an uncharacteristically warm response from Mr. Correa, who often rails against what he sees as excessive American influence in the region. In an interview, he praised Mr. Biden as being cordial, saying the vice president asked him not to grant asylum and explained that “it could greatly deteriorate relations, but without any kind of threat, just presenting the importance that the Snowden case has for them.”

By contrast, Mr. Correa bristled at what he viewed as threats by American senators who vowed to end trade preferences on some Ecuadorean goods if his country sheltered Mr. Snowden. One group of preferences expires at the end of the month unless renewed by Congress, but Ecuador has sought separate White House approval for duty-free treatment for roses, broccoli and artichokes. The White House said last week it was postponing a decision.

Mr. Snowden’s leaks sometimes appear timed to coincide with where he is at the moment or hopes to go. When he was hiding out in Hong Kong, he leaked documents about American spying in China.

Now it is Latin America’s turn. This week, a Brazilian newspaper, O Globo, has printed articles based on his leaks about how the United States has been collecting data on telephone calls and e-mail traffic in Brazil and other Latin American countries, pushing even close

allies of the United States to lodge angry protests with Washington.

The intensity in the region has been fueled in part by the airborne misadventure last week of President Evo Morales of Bolivia, whose plane was turned back from French airspace and forced to make an emergency landing in Vienna after a meeting in Moscow, where Mr. Snowden has been holed up in an airport.

Bolivian authorities called the episode a hijacking, saying the reason was unfounded suspicions that Mr. Snowden was on board, and they accused the United States of being behind it. They also accused Spain, Portugal and Italy of refusing to allow Mr. Morales's plane to fly over or land in their countries. Latin American leaders quickly rallied to his side, condemning the treatment as an affront to the entire region.

But for all the bluster, it is possible that no government in the region is really eager to see Mr. Snowden land in its country. None of the countries that have offered him asylum have said they would be willing to go fetch him — a potentially complicated undertaking, given what happened to Mr. Morales's aircraft.

Mr. Richardson said that he was baffled by the stance of Venezuela's president, Nicolás Maduro. He met with Mr. Maduro in April, just before he was elected, and said he was asked to tell Washington that Venezuela wanted to improve relations, which have been rocky for years.

Mr. Maduro then sent his foreign minister, Mr. Jaua, to shake hands with Secretary of State John Kerry, and they agreed to start talks that would eventually lead to a new exchange of ambassadors. But it seems clear that any hopes for better relations would be scuttled if Mr. Snowden were given safe haven.

"What I think is going on among Bolivia, Venezuela and Nicaragua and possibly others is, who can replace Chávez as the main U.S. antagonist?" said Mr. Richardson, referring to Venezuela's former president, Hugo Chávez, who died in March. "But the risk for them is a diminished relationship and possibly some retaliation with the U.S. They may feel the headlines they get from being anti-U.S. is worth it for them domestically."

Ultimately, Nicaragua would be loath to anger the United States, its principal trading partner, especially as it awaits an annual State Department assessment that helps it get international loans and the expansion of a trade preference that allows some of its products to enter the United States duty-free, said Carlos F. Chamorro, a Nicaraguan analyst critical of the government. He argued that the asylum offer made by Nicaragua's president, Daniel Ortega, amounted to grandstanding, hedged by a caveat that the offer stood "if the circumstances permit."

"It's consistent with Ortega's policy to provoke up to a certain point the American administration while at the same time doing everything to maintain better relations," Mr. Chamorro said.

Still, Washington's push for extradition has poked at a sore spot for several countries that have sought the extradition of people wanted by their justice systems.

Mr. Correa has pointed to the case of two brothers, William and Roberto Isaias, who ran a bank at the center of a huge Ecuadorean financial scandal in the 1990s. They were convicted in absentia of financial wrongdoing in an Ecuadorean court. They now live in the United States, but repeated requests for extradition have been unsuccessful.

And Venezuela has demanded the extradition of Luis Posada Carriles, a former C.I.A.

operative accused here of masterminding the bombing of a Cuban airliner that killed 73 people in the 1970s. He escaped from a Venezuelan prison in the 1980s and went to live in the United States.

“The first thing you need to do to have the moral standing to ask for the extradition of this youth Snowden, whose only act is to reveal the crimes that you committed, is to turn over Luis Posada Carriles, who you are protecting,” Mr. Maduro said this month.

William Neuman reported from Caracas, and Randal C. Archibold from Mexico City. Larry Rohter contributed reporting from Rio de Janeiro.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern